

## «Familie und Beruf»

### Sind schwangere Frauen krank?

Die Urheber der Initiative «Familie und Beruf» werben mit dem einfältigen Spruch «Schwangerschaft darf nicht länger eine Krankheit sein» (Abstimmungsunterlagen) um Zustimmung für ihre Initiative. Seit wann ist denn Schwangerschaft eine Krankheit? Schwangerschaft war noch nie eine Krankheit! Eine Schwangerschaft ist ein wunderbares und einzigartiges Erlebnis für eine Frau und die werdende oder wachsende Familie. Waren alle Frauen, die in den letzten Jahren schwanger wurden, krank? Kamen in den letzten Jahren nur Kinder von kranken Müttern zur Welt? Nein! Richtig ist: Eine Schwangerschaft ist für viele Frauen eine körperliche Herausforderung, sie kann auch zu medizinischen Komplikationen führen. Deshalb werden Schwangere von Ärzten und Ärztinnen, insbesondere «Fachärzten und Fachärztinnen für Frauenheilkunde und Geburtshilfe» betreut. Auch wenn das Mutterschaftstaggeld über die Krankenkassen versichert und abgewickelt wird, heisst das nicht, dass Schwangerschaft als Krankheit betrachtet wird. Die Frage, die sich stellt, ist ganz einfach: Wer übernimmt die Kosten für die Kontrolluntersuchungen, für Ultraschalluntersuchungen und den Spitalaufenthalt bei der Geburt? Es ist doch gut, medizinische Kosten, die rund um Geburt und Mutterschaft entstehen, über die Krankenkassen abzuwickeln. Das bedeutet aber doch nicht, dass Schwangerschaft eine Krankheit ist. Und es liegt doch nahe, dass auch das Mutterschaftstaggeld über die Krankenkasse ausgeschüttet wird. Das scheint mir eine logische und praktische Lösung. Der Spruch «Schwangerschaft darf nicht länger eine Krankheit sein» ist völlig unpassend. Die Initianten wollen da-

mit nur ablenken und erreichen, dass sie keine Taggeldversicherung, die Mutterschaft einschliesst, mehr abschliessen müssen. Stattdessen würden sie lieber das Mutterschaftstaggeld vom Kindergeld abzweigen. Dafür wurde die Familienausgleichskasse (FAK) aber nicht geschaffen. Den Arbeitgebern zu erlauben, Geld aus der FAK (Kindergeld) zu nehmen, führt zu Ungerechtigkeiten und Diskriminierung. Frauen und Familien werden diskriminiert, Betriebe profitieren. Das kommt nicht infrage. Deshalb habe ich mit einem klaren «Nein» gestimmt.

**Ilse Tichy,**  
Stelneststrasse 32, Trlesenberg